

DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

BWGERECHT
.jetzt



©Westend61/Photocase

Jetzt muss investiert werden

Bedarfe und Handlungsmöglichkeiten
für Baden-Württemberg

Hans **Böckler**
Stiftung 



„Ein gerechtes und wirtschaftlich erfolgreiches Baden-Württemberg ist keine Utopie. Es ist eine Frage des politischen Gestaltungswillens.“

Impressum

Exzellenz kommt nicht von alleine

Öffentliche Investitionsbedarfe und deren Finanzierung in Baden-Württemberg

Die Studie wurde gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung.

Autor*innen: Dr. Juliane Bielinski, Dr. Arno Brandt und Torsten Windels

Forschungsgruppe für Strukturwandel und Finanzpolitik (FSF, www.fsf-hannover.de)

Herausgegeben von:

DGB-Bezirk Baden-Württemberg | Willi-Bleicher-Straße 20 | 70174 Stuttgart | Telefon 0711-2028-213

www.bw.dgb.de | info-bw@dgb.de

Projektleitung: Gerri Kannenberg | Presserechtlich verantwortlich: Kai Burmeister

Stuttgart, Oktober 2024

Layout und Satz: klip GmbH, Göppingen | Herstellung: Wir machen Druck, Backnang

Liebe Leserin, lieber Leser,

es geht um viel für the LÄND und für uns alle. Als führende Industrieregion Deutschlands verfügt Baden-Württemberg über eine starke wirtschaftliche Basis und ein hohes Innovationspotenzial. Doch die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen – von der Dekarbonisierung und Digitalisierung bis zur demografischen Entwicklung – erfordert eine mutige politische Agenda. Es gilt, Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu sichern und einen echten Modernisierungsschub auszulösen: damit the LÄND weiter in der Liga der europaweit führenden Regionen mitspielt. Der Maßstab für uns dabei ist: Es muss gerecht zugehen. Aus Umbrüchen dürfen keine Brüche werden! Niemand darf auf der Strecke bleiben.

Die Rückstände in der öffentlichen Infrastruktur sind dramatisch hoch. Die Menschen sehen und spüren jeden Tag, woran es mangelt: an Wohnraum, an Kita-Plätzen, ärztlicher Versorgung, schnellem Internet und guten Bahnverbindungen. Diese Investitionsversäumnisse sind mehr als ein tägliches Ärgernis. Sie sind eine Steilvorlage für populistische Versprechen (die nur leere Versprechen sind) und falsche Schulduweisungen. Es ist dringend notwendig, dass die Landesregierung ihrem Gestaltungsanspruch gerecht wird: Baden-Württemberg soll Musterland der guten Arbeit werden. Dazu gehört eine topmoderne Infrastruktur.

Unsere Studie, deren Kernergebnisse Sie in Händen halten, erweitert die bundespolitische Debatte über die richtige Haushaltspolitik um konkrete Bedarfsanalysen und Handlungsoptionen fürs Land. Diese aktuelle Gesamtschau schließt eine Lücke in der Forschung.

Das Fazit: In den nächsten zehn Jahren sind öffentliche Investitionen in Höhe von 165 Milliarden Euro nötig, um die Stärken des Landes voll auszuspielen: für einen vorbildlichen Klimaschutz, für eine moderne Infrastruktur, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum, für eine verlässliche Gesundheitsversorgung und für ein gutes Bildungssystem.

Die Mittel für diese langfristigen Investitionen müssen heute mobilisiert werden. Eine solide Finanzpolitik kann dabei auch mit einer höheren Staatsverschuldung umgehen. In einem wirtschaftlich starken Land wie Baden-Württemberg allemal. Die Autor*innen Dr. Juliane Bielinski, Dr. Arno Brandt und Torsten Windels zeigen hierfür gangbare Wege auf. Wohlgermerkt unter Einhaltung der Schuldenbremse. Der Verweis auf die im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse ist keine Begründung fürs Verharren im investitionspolitischen Klein-Klein.

Ein gerechtes und wirtschaftlich erfolgreiches Baden-Württemberg ist keine Utopie. Es ist eine Frage des politischen Gestaltungswillens.

Diese Studie gibt die Richtung für die nächsten zehn Jahre und damit für die nächsten Regierungskoalitionen vor. Dafür müssen auch strukturelle Entscheidungen wie öffentliche Investitionsgesellschaften für Wohnungsbau, Klima- und Energieinfrastruktur und Bildung getroffen werden. Die großen finanzpolitischen Aufgaben können nicht mit haushaltspolitischen Routinen erledigt werden.

Wir bedanken uns bei der Hans-Böckler-Stiftung, deren finanzielle Förderung die Erstellung der Studie ermöglicht hat.

Ihnen und Euch wünschen wir eine aufschlussreiche Lektüre.

Kai Burmeister

Vorsitzender DGB Baden-Württemberg

Maren Diebel-Ebers

stellvertretende Vorsitzende DGB Baden-Württemberg

Für eine gute Zukunft: 165 Milliarden braucht das Land

Die Studie „Exzellenz kommt nicht von alleine“ untersucht die Bereiche Klimaschutz, Infrastruktur, Wohnen, Gesundheit und Bildung. Die ermittelten Investitionsbedarfe sind immens. Großes wirtschaftliches Leistungsvermögen des Landes und staatliche Investitionsrückstände bilden einen deutlichen Widerspruch. Baden-Württemberg hat eine gute Ausgangslage, um die entscheidenden Zukunftsthemen Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie zu bewältigen. Das Land hat aber auch viel zu verlieren. Die gute Nachricht: Der Südwesten kann sich besser auf die Zukunft vorbereiten als es die amtierende Landesregierung aktuell tut. Die Mittel für die sozial-ökologische Transformation, für eine bessere Daseinsvorsorge und für mehr Bildungsgerechtigkeit sind zum Teil bereits vorhanden oder können mit einer klugen Finanzpolitik mobilisiert werden. Die Studie zeigt neben den Investitionsbedarfen die Instrumente, wie mehr öffentliche Investitionen finanziert werden können. Die wesentlichen Ergebnisse im Überblick:

Struktur und Innovation

Baden-Württemberg ist der führende Industriestandort in Deutschland. Das Land weist eine hohe Industriedichte, Innovationsstärke und eine hohe Produktivität auf. Auch Beschäftigung und Einkommen liegen auf einem hohen Niveau. Gleichwohl sind diese Stärken auch potenzielle Risiken und Schwachpunkte einer zukünftigen Entwicklung. So sinkt der Produktivitätsvorsprung, und der Fachkräftemangel hemmt das Wachstum. Zudem ist die Industrie- und Exportstärke angesichts der Transformationen in der Energiewirtschaft und der Automobilindustrie sowie protektionistischen Tendenzen im Welthandel erkennbaren Risiken ausgesetzt. Das Wirtschaftswachstum Baden-Württembergs fällt auf den westdeutschen Durchschnitt zurück. Dies ist zu wenig für den Exzellenzanspruch im deutschen Südwesten.

Investitionen

Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen verhindern auch in Baden-Württemberg nicht den Rückgang der Modernität des Kapitalstocks, also des Bestandes an Sachkapital in einer Volkswirtschaft (z.B. Gebäude, Maschinen, Straßen, Schienen sowie Ausgaben für Forschung und Entwicklung). Dies ist ein Risiko für zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Weitgehend anerkannt ist heute, dass sich private und öffentliche Investitionen ergänzen. Ein Euro öffentlicher Investitionen zieht 1,50 Euro privater Investitionen nach sich. Die Nettoanlageinvestitionsquote des Staates liegt in Deutschland seit fast 30 Jahren bei null. Das heißt, die Bruttoanlageinvestitionen decken gerade einmal die Abschreibungen. Insbesondere die kommunalen Investitionen sind per Saldo gesunken. Die gravierenden Mängel der Infrastruktur und andere nur schwach aufgestellte Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – etwa das Gesundheitswesen – behindern die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg.

Mehr Informationen gibt es hier
in der Investitionsstudie
„Exzellenz kommt nicht von alleine“



Zentrale Handlungsfelder der Landespolitik



Klimaschutz/Transformation

Baden-Württemberg will bis 2040 klimaneutral werden. Der dafür notwendige CO₂-Abbaupfad wird bisher aber nicht erreicht. Zur Wahrheit gehört: Die Transformation zu einer klimaneutralen Produktions- und Lebensweise birgt für den Industriestandort Baden-Württemberg mit seiner energieintensiven Wertschöpfung Risiken. Sie bietet aber auch große Chancen. Die Investitionsgüterindustrie in Baden-Württemberg kann mit ihrer Kompetenz und Innovationskraft neue Wachstumsmärkte erschließen. Zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2040 muss das Land Baden-Württemberg in den kommenden zehn Jahren insgesamt **54 Mrd. EUR** investieren.

Infrastruktur

Trotz vergleichsweise hoher und gestiegener öffentlicher Investitionen gelingt es Land und Kommunen nicht, den aufgelaufenen Investitionsstau in nennenswerter Weise abzubauen. Der Werteverzehr beim Infrastrukturvermögen (etwa Schienen, Straßen, Brücken) und bei den technischen Anlagen und Maschinen (etwa Kraftwerken) setzt sich fort. Zum Abbau der Altlasten und für einen adäquaten Ausbau der Infrastruktur muss Baden-Württemberg in den kommenden zehn Jahren insgesamt **53 Mrd. EUR** investieren.



Wohnungswesen

Kein anderes Bundesland weist eine so große Lücke zwischen Bedarf und Angebot an mietpreisgebundenen Wohnungen auf wie Baden-Württemberg. 2023 wurden trotz verbesserter Wohnraumförderung des Landes effektiv nur knapp 800 mietpreisgebundenen Wohnungen neu erstellt. Mittels einer neu zu gründenden Landeswohnungsbaugesellschaft sollten jährlich insgesamt 13.000 neue mietpreisgebundenen Wohnungen erstellt werden. Hierfür müsste das Land in den kommenden zehn Jahren insgesamt **18 Mrd. EUR** investieren.



Gesundheit

Die Krankenhausinvestitionen decken auch in Baden-Württemberg nicht den Bedarf. Hinzu kommt der Abbau des Investitionsstaus der vergangenen Jahre. Auch in der Pflege muss die Kapazität ausgebaut werden. Der Südwesten muss in den kommenden zehn Jahren insgesamt **zwölf Mrd. EUR** in das Gesundheitswesen investieren.



Bildung

Im Bildungsbereich schneidet Baden-Württemberg überwiegend gut ab. Doch auch hier droht eine gute Ausgangslage verloren zu gehen. Kein anderes Land hat in Bildungsrankings zwischen 2013 bis 2023 so viel verloren wie Baden-Württemberg. Zum Abbau des Investitionsstaus und der Deckung der Bedarfe in Kitas, Schulen, Hochschulen und Universitätskliniken muss das Land in den kommenden zehn Jahren **28 Mrd. EUR** öffentliche Gelder investieren.



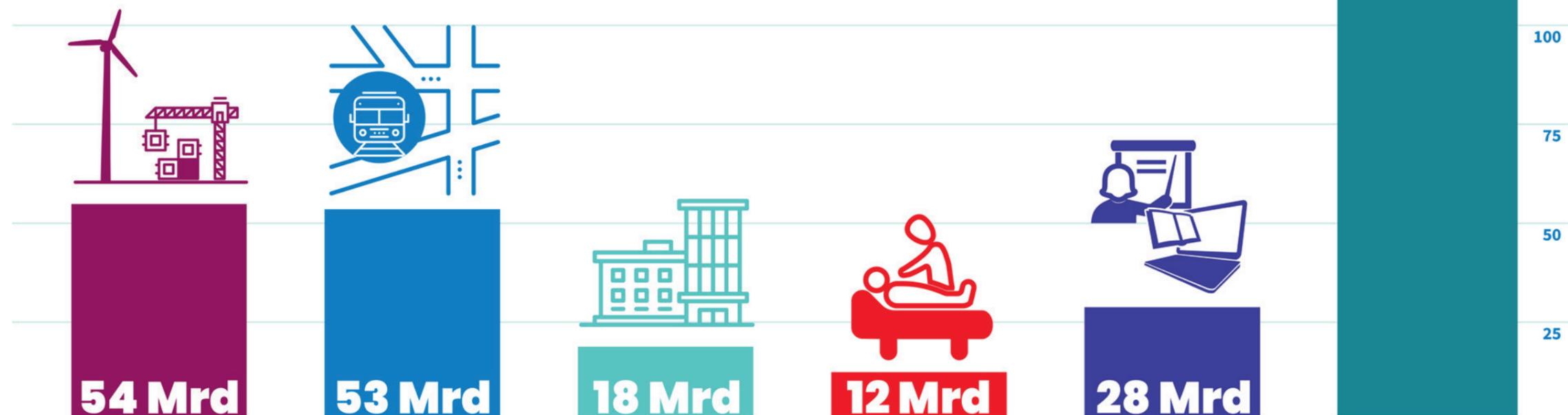
Finanzen

Baden-Württemberg ist ein finanzstarkes Land. Die Staatsverschuldung ist vergleichsweise niedrig, und die Reserven im Staatshaushalt sind trotz der verschiedenen Krisen außerordentlich hoch. Dank vergleichsweise niedriger Sozialausgaben sind die kommunalen Investitionen relativ hoch. Hingegen fallen die Investitionen aus dem Landeshaushalt recht niedrig aus. Zudem holen andere Bundesländer deutlich auf, und der Südwesten droht auch hier durchschnittlich zu werden. Die gute Nachricht: Die Finanzpolitik des Landes ist flexibel und handlungsfähig. Gleichwohl wird sie mit den bestehenden Ansätzen die strukturellen Herausforderungen nicht lösen können. Die Stärkung der öffentlichen Investitionen ist nicht nur ein finanzielles Problem, sondern auch ein institutionelles. Komplexe Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie unzureichende personelle Kapazitäten sind Flaschenhälse. Diese müssen geweitet werden, wenn vorhandene und zukünftig hoffentlich erhöhte Investitionsmittel dort ankommen sollen, wo sie dringend gebraucht werden.

Finanzpolitik in Baden-Württemberg

Die finanzpolitische Gestaltung stößt derzeit immer wieder an ihre Grenzen durch die Schuldenbremse. Eine Reform der Schuldenbremse wird deutschlandweit zunehmend breiter gefordert, auch von Mitgliedern der baden-württembergischen Landesregierung. In diese Richtung haben sich sowohl Ministerpräsident Kretschmann als auch Finanzminister Bayaz geäußert. Die Landesfinanzpolitik hat in den vergangenen Jahren die bestehenden Kreditmöglichkeiten genutzt (Konjunkturkomponente, Notsituationskredite). Große Spielräume bestehen aber noch in der Nutzung von öffentlichen Investitionsgesellschaften, Beteiligungen und der Landeskreditbank (L-Bank).

Investitionsbedarfe in Baden-Württemberg 2024–2033



Fazit

Baden-Württemberg ist wirtschaftlich und finanziell stark. Um diese Stärke zu erhalten, muss aber mehr getan werden als bisher. Die absehbaren Herausforderungen bergen Risiken und Chancen für das Land. Die in den zurückliegenden Jahrzehnten vernachlässigte öffentliche Infrastruktur belastet Wirtschaft und Gesellschaft. Hinzu treten neue Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und Demografie. Diese erhöhen den finanzpolitischen Handlungsbedarf erheblich und sind nicht beliebig aufschiebbar.

Die aufgezeigten staatlichen Investitionsbedarfe summieren sich auf 165 Mrd. EUR in den kommenden zehn Jahren. Selbst unter der Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form ist im Ländle finanzpolitisch mehr möglich. Ferner wäre ohne Schuldenbremse und mit Ansätzen zur Weiterentwicklung des föderalen Systems in Deutschland noch weitaus mehr zur Bewältigung der anstehenden, großen Aufgaben gestaltbar (Bayaz: ‚neue Föderalismuskommission‘).

‚Ein Weiter so wie bisher‘ ist für Baden-Württemberg das weitaus größere Risiko als mit einer mutigen Finanzpolitik innovative Wege zu gehen.

Exzellenz kommt eben nicht von alleine.



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg



**165 MILLIARDEN EURO
ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN
SIND NÖTIG FÜR EINE GUTE
ZUKUNFT.**

**JETZT GELD IN DIE
HAND NEHMEN
IN THE LÄND!**

Hier geht es zur Studie



bw.dgb.de